



Pressemitteilung

Ansbach, 25. Mai 2016

Bezahlbarer Wohnraum in Ansbach immer knapper: Sozialbindungen laufen demnächst aus

OLA: „Der lange Schatten der Privatisierungspolitik holt die Stadt jetzt ein“

Überhöhte Preise für minderwertigen Wohnraum – Forderung nach Wohnbauoffensive

Im Jahr 2001 hat die Stadt Ansbach mit 242 Sozialwohnungen nahezu ihren kompletten Wohnbaubestand an die kirchlichen Wohnungsbaugesellschaften „Evangelisches Siedlungswerk“ (ESW) und das katholische „St.-Josephs-Stift“ (SJS) verkauft. Bei 170 Wohnungen war die Sozialbindung zum Stichtag 31.12.2015 bereits abgelaufen (davon sämtliche bei SJS), weitere 39 Bindungen entfallen bei der ESW bis 2021. Auch bei den sonstigen öffentlich geförderten Sozialwohnungen (Baugenossenschaft Gartenstadt, GWG) fällt künftig der Großteil der Bindungen weg, sodass sich der derzeit ohnehin niedrige Bestand an insgesamt 283 Sozialwohnungen in Ansbach auf nur noch 149 im Jahr 2025 nochmals annähernd halbieren wird. Nicht eingerechnet sind die 175 geförderten Studentenappartements mit Mietpreisbindung, deren Zahl angesichts von über 3.000 Studierenden ebenfalls sehr knapp bemessen ist, sowie 80 einkommensorientiert geförderte Wohnungen (EOF) privater Bauherrn.

Derweil ist die Zahl der Bedarfsgemeinschaften in SGB-II mit gut 1.300 (über 2.500 Personen) im Stadtgebiet, die auf Beihilfe bei den Kosten der Unterkunft (KdU) angewiesen sind, unverändert hoch. Der Mangel an Sozialwohnungen bedeutet, dass Stadt und Jobcenter vor zunehmenden Problemen bei der Suche nach angemessenen Wohnungen stehen. Auf dem angespannten Mietmarkt muss die öffentliche Hand infolge des schleichenden Verschwindens der Sozialbindungen nicht selten minderwertigen Wohnraum zu überhöhten Preisen anmieten.

„Der lange Schatten der Privatisierungspolitik holt die Stadt jetzt ein“ stellt die Offene Linke Ansbach (OLA) mit Blick auf die Ausgaben der Kommune für KdU an private Vermieter fest, die sich zwischen 4,8 und 5,1 Millionen Euro im Jahr belaufen. Die Zahl der Menschen, die von ihrer Hände Arbeit nicht leben können sinke nicht. Gleichzeitig wachse die Altersarmut auch in Ansbach: „Es ist höchste Zeit für eine kommunale Wohnbauoffensive. Unterstützt durch eine Wohnbaudividende aus den üppigen Sparkassen-Gewinnen sind dies Investitionen von zentraler Bedeutung für den Erhalt einer sozialen Stadtgesellschaft und nicht zuletzt für eine vorausschauende Finanzpolitik in Ansbach.“